

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (30. Januar 2024, Nr. 04/2024)

Deutscher Pflegerat: Qualität braucht die beruflich Pflegenden PPR 2.0, Einbezug aller Sektoren und Beteiligung müssen wesentliche Bausteine der Reform sein

In der Bundespressekonferenz ging es heute (30.01.2024) um das Thema „Versorgungsqualität und Behandlungserfolg – darum muss die stationäre Versorgung jetzt revolutioniert werden“. Aus Sicht des Deutschen Pflegerats besteht kein Zweifel daran, dass eine Krankenhausreform erforderlich ist. Der Weg dorthin kann nur gemeinsam gegangen werden. Und sie braucht eine gemeinsame Kommunikation. Eine Revolution ist jedoch etwas ganz anderes.

Irene Maier, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), betont:

„Eine gute Versorgungsqualität kann nur erbracht werden, wenn die dafür notwendigen gut qualifizierten Mitarbeitenden in der Pflege und bei den Ärzten vorhanden sind. Das Statistische Bundesamt hat kürzlich berechnet, dass in den nächsten zehn Jahren rund 350.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt werden. Dabei wurde die bereits bestehende Personallücke in der Pflege noch nicht berücksichtigt.“

Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und mehr Mitarbeitende zu gewinnen, ist die Umsetzung der Pflegepersonalregelung PPR 2.0 in den Krankenhäusern ein wichtiger erster Schritt.

Eine wirkliche Revolution im Pflege- und Gesundheitswesen packt das gesamte System an und überarbeitet dies. Derzeit wird jedoch weitgehend nur an den Krankenhäusern herumgedoktert. Notwendig ist jedoch eine Lösung über alle Sektoren – von der hausärztlichen Versorgung über die Pflege durch Angehörige, Pflegedienste, teil- oder vollstationäre Pflege bis hin zur Rehabilitation und den Krankenhäusern. „Revolutionen“ in einem Sektor haben unmittelbare Auswirkungen auf alle anderen Sektoren. Wenn keine ganzheitliche Betrachtung erfolgt, ist die nächste Krise direkt absehbar. Die Qualität der pflegerischen Versorgung ist dadurch stark gefährdet, was direkte Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und unsere Demokratie hat.

Eine nachhaltige Revolution muss vom Volk ausgehen und für alle nachvollziehbar sein. Dafür ist eine klare und gemeinsame Kommunikation unerlässlich. Im aktuellen Reformprozess sind die beruflich Pflegenden erneut nur unzureichend in die Gespräche hinter verschlossenen Türen eingebunden. Wer von uns verlangt, die Neustrukturierung umzusetzen und zum Erfolg zu führen, muss von

Anfang an auf unser Fachwissen zurückgreifen. Eine erfolgreiche Krankenhausrevolution ist ohne die Beteiligung der Pflegeberufe undenkbar.“

Weitere Informationen:

- Wenn es aufgrund der Krankenhausreform zu einer Verlagerung von Leistungen in ein anderes Krankenhaus kommt, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass die Mitarbeitenden mit der „Leistung“ wechseln. Es kann im neuen Krankenhaus zu einem Personalmangel kommen, der möglicherweise nicht behoben werden kann. Dadurch wäre die Leistung zwar verlagert, aber kann im Zweifelsfall nicht angeboten werden.
- Die Ängste und Sorgen der bedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen sind enorm, wenn sie keine ärztliche oder pflegerische Versorgung im Bedarfsfall erhalten. Werden die Probleme der Krankenhäuser durch die Krankenhausreform in andere Bereiche verlagert, die bereits heute ebenfalls stark belastet sind, kann dies schnell zu einer weitreichenden Krise führen. Dies birgt Gefahren für unsere Demokratie, unsere Gesellschaft und unser Verständnis des Zusammenlebens. Eine alleinige Krankenhausreform ist daher zu kurz gedacht.
- Das Statistische Bundesamt hat in der letzten Woche prognostiziert, dass in zehn Jahren bereits rund 350.000 Pflegekräfte fehlen werden. Dabei haben die Statistiker nicht berücksichtigt, dass die Fortschreibungsbasis für Pflegeheime bereits um 115.000 Vollzeitstellen höher hätte sein müssen. Es ist somit davon auszugehen, dass in zehn Jahren unter Berücksichtigung der hohen Teilzeitquote rund 500.000 Pflegekräfte fehlen werden. Es ist unerlässlich, den Pflegeberuf in allen Sektoren attraktiver zu machen und alle verfügbaren Mittel dafür einzusetzen.

Ansprechpartner*in:

Irene Maier

Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Michael Schulz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: m.schulz@deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (030) 398 77 303 | Telefax: (030) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de | Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 18 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Irene Maier und Annemarie Fajardo.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)